

3. Stadtratsprotokoll / 3e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Donnerstag, 24. März 2022, 18.00 Uhr Séance du jeudi 24 mars 2022 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg

Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Bohnenblust Peter, Boly Kady, Bord Pascal, Briechle Dennis, Bucher Juliet, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, Cuixeres Manon, De Maddalena Daniela, Francescutto Luca, Halter Marisa, Gurtner-Oesch Sandra, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Kilezi Ruth, Koller Levin, Lehmann Caroline, Leuenberger Bernhard, Liechti Kathleen, Loderer Benedikt, Moeschler Marie, Molina Franziska, Morandi Marcel, Oberle Fabio, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rindlisbacher Hugo, Rodriguez Ugolini Julian, Roth Myriam, Rüber Stefan, Scherrer Jürg, Scheuss Urs, Schiess Christophe, Schlup Nina, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stettler Urs, Stolz Joseline, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Tonon Ariane, Torriani Latscha Isabelle, van der Meer Marion, Vlaiculescu-Graf Christiane, Vouillamoz Naomi, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Augsburger-Brom Dana, Epper Bettina, Schaffter Gaël, Stocker Julien

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Frank Lena, Gonzalez Bassi Glenda, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

Gemeinderat Feurer Beat

Vorsitz / Présidence:

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / Affaires traitées		
24.	Überparteiliche Fraktionserklärung	84
25.	Genehmigung der Traktandenliste	85
26.	Mitteilungen Stadtratsbüro	
	Abrechnung in der Kompetenz der GPK	
27.	Protokollgenehmigungen / (20./21 März 2019 / Nrn 03 und 04)	
28.	20220024 Klassenorganisation für das Schuljahr 2022/2023	86
29. 30.	20220047 Massnahmen Protokollierung Stadtratssitzungen / Nachkre Interpellation 20210262, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Schaffter Gaë	
	«Ferienpass»	98
31.	Interpellation 20210263, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Schaffter Gaë «Gelebte Zweisprachigkeit im Bieler Schulsystem»	
32.	Interpellation 20210264, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Schaffter Gaë «Interne Weiterbildungen, Teamanlässe und sonstige Veranstaltunge des laufenden Schulbetriebs»	l, GLP, en während
33.	Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20220101, Oberle Fabio, Schlup Nina, JUSO, «Heizkostenzuschuss für Haushalte mit geringer	JUSO,
	Einkommen»	
34.	Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20220102, Steinmanr Fraktion SP/JUSO, «Baurecht BASPO/BBL Magglingen»	
35.	Dringliche Interpellation 20210335, Bohnenblust Peter, FDP, «A5	
	Lückenschliessung: Sachliche Information tut Not»	103
36.	Dringliche Interpellation Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, «Tempo-30-Welche Geschwindigkeit für den Gemeinderat?»	Zonen:
37.	Neueingänge	

24.03.2022 83/109

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Es ist eine riesige Freude für mich, Sie heute Abend alle wieder im Stadtratssaal begrüssen zu dürfen! Es ist wie nach Hause kommen...Seit Frühling 2020 waren wir quasi im Exil und sicher zufrieden, die Sitzungen während der Pandemie durchführen zu können. Aber unser Saal ist etwas Besonderes und lässt sich in keinster Weise mit den – obwohl technisch top ausgestatteten – gemieteten Sälen vergleichen. Und für mich ist es ein bisschen eine emotionale Geschichte, die mir Herzklopfen bereitet...

Wie sich einige von Ihnen vielleicht erinnern können, habe ich – wohl in einem Anflug von Frust – versprochen, dass bei der Rückkehr in den Saal ein Apéro stattfinden wird. Deshalb können Sie heute Abend nach der Sitzung auf unsere Rückkehr anstossen. Die Traktandenliste ist kurz und dementsprechend werden wir keine Pause einlegen, damit wir danach genug Zeit für den gemeinsamen Austausch haben werden. Bitte reichen Sie deshalb auch die dringlichen Anträge raschmöglichst ein, damit wir über die Dringlichkeit abstimmen können.

Auf Ihren Pulten finden Sie folgende Unterlagen:

- Änderungsantrag der Kommission RSO zum Geschäft 20220047 Massnahmen Protokollierung Stadtratssitzung / Nachkredit
- Zeitung «Vision 2035»

Ich begrüsse heute herzlich zwei neue Mitglieder des Stadtrats: Frau Juliet Bucher und Herr Fabio Oberle. Ich wünsche Ihnen viel Freude in Ihrem Amt. (Applaus)

24. Überparteiliche Fraktionserklärung

Tenennbaum Ruth, Passerelle: Diese Erklärung zum Thema der Verlängerung der Bewilligung für die Containersiedlung in Biel-Bözingen für die abgewiesenen Menschen in der Nothilfe. Sie wird von den Fraktionen SP/JUSO, PSR und Grüne sowie den Parteien Passerelle, PdA, Mitte und EVP unterstützt. Ausserordentliche Umstände erfordern ausserordentliche Massnahmen! Deshalb fordern wir in Absprache mit dem Verein «Alle Menschen / tous les êtres humains» und 800 Petitionärinnen und Petitionären, dass die Stadt Biel dem Kanton Bern umgehend mitteilt, dass sie auf den Entscheid zurückkommt und die Containersiedlung in Bözingen durch den Kanton vorläufig weiter betrieben werden kann. Ausserdem soll die Frist um mindestens ein Schuljahr verlängert werden. Alle Abgewiesenen und ihre Kinder, die bisher in Biel waren und noch sind, sollen hierbleiben oder zurückkehren können. Es sollen keine Umsiedlungen nach Enggistein oder andere Orte vorgenommen werden. Als Auflage könnte die Stadt Biel fordern, dass der Kanton sich verpflichtet, die bestehende Infrastruktur auf Vordermann zu bringen und notwendige Reparaturen rasch vorzunehmen, um den Bewohnenden ein Leben in Würde zu ermöglichen. Für die Kinder sollen Spiel- und Aufenthaltsräume zur Verfügung stehen und der Aussenraum besser gestaltet werden. Die zahlreichen vom Verein «Alle Menschen / tous les êtres humains» befragten BewohnerInnen von Bözingen selber möchten dort bleiben und nicht umgesiedelt werden, denn das Zusammenleben hat sich eingespielt und die Freiwilligen haben in aufwändiger Arbeit gute Beziehungen zu den Menschen aufgebaut. Die Kinder sind in den Schulen integriert und werden von der schulischen und der kindermedizinischen Infrastruktur der Stadt Biel gut betreut. Zum jetzigen Zeitpunkt – im Zuge der Flüchtlingswelle aus der Ukraine – eine einigermassen

24.03.2022 84/109

geeignete Kollektivunterkunft zu zerstören, käme einem Schildbürgerstreich gleich. Es muss Platz für UkrainerInnen gefunden werden, aber nicht auf Kosten anderer Flüchtlinge, im Gegensatz zu dem, was derzeit im Rigot-Zentrum in Genf geschieht und uns Sorgen bereitet. Die Stadt sollte deshalb dem Kanton ein deutliches Zeichen geben, dass sie aufgrund der geänderten Ausgangslage die Bewilligung um vorerst ein Jahr bis Mitte 2023 verlängert. Die Stadt soll aber auch einfordern, dass alle bisher dort lebenden Menschen in Bözingen bleiben können. Und wer schon in Enggistein ist, soll nach Biel verlegt werden (gemäss unseren Informationen sind dies 5 Frauen mit Kindern). Die Stadt Biel soll dem Kanton vorschlagen, dass Enggistein kein Rückkehr-Zentrum wird, sondern vielmehr einigen ukrainischen Familien Schutz bieten soll. Wir bitten den Gemeinderat zudem, öffentlich zu kommunizieren, ob und welche Lösungen er gedenkt für ukrainische Flüchtlinge anzubieten. Die Container von Bözingen sind im aktuellen Zustand grundsätzlich keine Lösung. Die Stadt soll weiterhin dafür einstehen, dass menschenwürdige Wohn- und Lebensbedingungen geschaffen werden und in Biel nach Nachfolgelösungen gesucht wird. Dabei ist der Kanton genauso in der Pflicht, seine Aufgaben wahrzunehmen. Wir danken dem Gemeinderat für ein schnelles und pragmatisches Handeln im Interesse aller Beteiligten und Betroffenen.

25. Genehmigung der Traktandenliste

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

26. Mitteilungen Stadtratsbüro

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Noch einmal zur Information: Frau Pittet hätte aufgrund der Amtszeitbeschränkung per Ende März 2022 aus der GPK austreten müssen. Das Stadtratsbüro hat jedoch anlässlich seiner Sitzung vom 7. Dezember 2021 die Amtszeit von Frau Pittet bis zu den Wahlen im April 2022 verlängert.

Abrechnung in der Kompetenz der GPK

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Die GPK hat anlässlich ihrer Sitzung vom 17. März 2022 die Abrechnung des Verpflichtungskredites:

 «20120208 Kongresshaus-Hochhaus / Ersatz Klimakonvektoren» der Direktion Bau, Energie und Umwelt in eigener Kompetenz einstimmig und ohne Bemerkungen genehmigt.

27. Protokollgenehmigungen / (20./21 März 2019 / Nrn 03 und 04)

Die Protokolle werden stillschweigend genehmigt.

24.03.2022 85/109

28. 20220024 Klassenorganisation für das Schuljahr 2022/2023

Pittet Natasha, au nom de la Commission de gestion: Je ne vais pas vous raconter tout le rapport car vous l'avez tous lu. Je vous rappelle quelques points saillants, en commençant par le fait que j'espère vivement que c'est la dernière fois que l'organisation des classes est soumise au Conseil de ville et qu'elle sera attribuée au Conseil municipal avec la nouvelle organisation qui devrait venir. En effet, il est difficile de prendre une décision cinq mois avant le début de la prochaine année scolaire car personne ne peut savoir combien d'enfants seront à Bienne, au mois d'août. De plus, avec l'arrivée des réfugiés en masse cela peut encore influencer le chiffre. Il ne s'agit pas d'une science exacte. De plus, chaque année la Commission de gestion est informée à l'automne de l'ouverture effective des classes par la direction responsable de ce dossier. L'année dernière, une classe de moins que prévue a été ouverte et cette fois-ci c'est dû au fait qu'aucun enseignant n'a été trouvé. Il s'agit d'une première malgré que cette information est connue depuis des années. La CDG a demandé au Conseil municipal ce qu'il compte entreprendre pour pallier à ce phénomène qui est pour le moment plus flagrant chez les alémaniques que les romands. La Ville a peu de marge de manoeuvre car les salaires, les cursus à suivre pour devenir enseignant sont fixés par le Canton. La Ville ne peut agir sur le Canton qu'en passant par les personnes qui siègent au Grand Conseil. C'est donc important d'avoir des personnes qui siègent au Grand Conseil, qui connaissent le système d'enseignement afin d'influencer des règlements et des lois dans le sens qu'il faut pour notre Ville.

Selon le rapport présenté ce soir, trois classes devraient être ouvertes cette année. Le nombre d'élèves dans les classes germanophones et francophones est stable et plus ou moins équivalent. Je rappelle toutefois que les enfants ne sont pas des grains de riz que l'on peut quantifier. En fin de rapport, le problème des locaux scolaires est abordé. La CDG est fière de voir que de ce point de vue là une planification est établie et prise en compte. Vous aurez vu que la rénovation de l'école de la Champagne, pour laquelle nous avions voté un crédit d'étude il y a quelques années, est prévue mais on ne peut pas encore avoir de date définitive. Les provisoires actuellement mis en place serviront de pontons pour les autres écoles qui devront être rénovées. Après toutes ces informations, je peux vous dire que la CDG vous recommande d'accepter la proposition du Conseil municipal afin de permettre à notre Ville d'offrir aux enfants qui y habitent une formation de qualité.

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: Nous remercions le Conseil municipal pour son rapport qui est très détaillé et précis. Comme chaque année, cet exercice est délicat car ces décisions impliquent l'année scolaire des élèves, l'engagement des enseignant(e)s et la continuité ou la réorganisation des équipes pédagogiques. L'objectif est de maintenant au mieux une continuité, une certaine équité entre les deux communautés linguistiques, un équilibre dans les écoles et les classes. Cet exercice peut être périlleux car les flux des élèves sont toujours en mouvement avec des arrivées et des départs tout au long de l'année. De plus, on ne connait pas encore les impacts du COVID qui viendront perturber cette organisation. Il faudra certainement prendre en compte une augmentation des prolongations de cycle, donc les redoublements. Les effectifs de classes présentés sont serrés. Cela empêche une certaine flexibilité pour accueillir de nouveaux élèves dans les classes. Une marge de manoeuvre plus conséquente faciliterait l'accueil de nouveaux élèves. On peut déjà s'attendre à des effectifs très élevés dans quelques classes.

24.03.2022 86/109

Toutefois, connaissant les directives cantonales dont a parlé Madame Pittet, le Groupe PSR approuve l'organisation des classes 2022/2023. Nous tenons tout de même attirer l'attention sur l'arrivée massive de familles ukrainiennes. Nous saluons la vague de solidarité de la population et l'accueil facilité par la Confédération. L'école devra faire face à un très grand défi au niveau des classes d'accueil et des classes régulières avec l'augmentation massive de cours de langue, que ce soit en allemand ou en français, afin de pallier les besoins éducatifs. Tout ce qui peut être organisé de manière proactive sera tout bénéfice. Il faudra sérieusement penser à ouvrir autant de classes que nécessaire et aussi vite que possible et cela dans la durée. À Bienne l'accueil des enfants migrants est rôdé. Nous avons la chance d'avoir des équipes pédagogiques qui sont très bien formées pour cela. Toutefois, ces classes et ces enseignants ne pourront pas absorber ces arrivées massives. C'est pourquoi des ressources multiples sont indispensables et doivent être demandées maintenant. La situation dramatique ukrainienne et l'exode des réfugiés préoccupe notre groupe. Il appelle les Autorités à demander au Canton d'accorder rapidement les ressources supplémentaires ainsi que des budgets spécifiques afin de renforcer l'accueil des familles, les classes d'accueil et les cours d'appui de langues pour tous les élèves réfugiés ou venant d'un pays étranger. Il faut éviter à tout prix un accueil à deux vitesses. Il faudra apporter les mêmes ressources aux crèches et aux écoles à journée continue également. Des conditions d'accueil adaptées pour les élèves réfugiés, quel que soit leur pays d'origine, doivent être une priorité de tous les instants. Ces enfants doivent retrouver une vie calme et se créer des repères. Il faut aussi laisser le temps aux familles d'atterrir. Ces personnes ont vécu la guerre dans leur pays, des évènements traumatiques, une fuite chaotique, un voyage éprouvant, une arrivée dans un nouvel environnement inconnu.

Le grand défi est donc d'offrir un accueil à tous les élèves issus de la migration et à tous les élèves qui doivent pouvoir poursuivre leur scolarité sans trop de désagréments. Les enseignant(e)s ont l'habitude de s'engager fortement. Ils le feront encore pour accueillir cette arrivée massive de nouveaux élèves même si le corps enseignant reste encore très impacté par les effets de la crise sanitaire. Notre groupe est également conscient que des mesures comme celles-ci doivent être prises tout prochainement et rapidement par le Conseil municipal. Pour cela, nous le remercions. Comme je l'ai dit tout à l'heure, notre groupe accepte la proposition faite par le Conseil municipal et vous invite à en faire de même.

Tonon Ariane, au nom du Groupe Les Vert·e·s: J'aimerais tout d'abord souscrire aux propos de la représentante du PSR et appuyer fortement ses propos. J'insiste sur le développement d'un traitement équitable de tous les élèves migrants en fonction de leur situation de vie préalable. Je ne sais pas si en l'état, la Conseillère municipale en charge de ce département, peut déjà nous donner quelques détails par rapport à la gestion de cette arrivée massive prévue. Si c'est le cas, je lui en serais très reconnaissante.

J'en viens maintenant au contenu même du rapport. Après avoir examiné ce dernier et en approuvant la demande d'ouverture de trois classes, le Groupe Les Vert·e·s aimerait soulever quelques points de débat ou de questionnement. Tout d'abord en soulevant, comme chaque année je pense, le fait que les moyennes ne rendent pas compte de la répartition des élèves dans les classes par degré, cycle ou encore quartier. Comment le Conseil de ville peut-il savoir si l'organisation scolaire est en phase avec les principes d'équité et d'égalité auxquels l'ensemble de la population scolaire a le droit. Pour exemple, il est indiqué à la page 3 du rapport: «À Mâche, il y a une classe de deuxième

24.03.2022 87/109

année en moins que prévue par manque d'enseignant(e) et il y a des classes comptant jusqu'à 27 élèves.» Je suppose que l'on parle ici de la 4 H pour nous les romands.

- Combien de classes cela fait-il effectivement?
- Qu'est-ce que cela nous indique au niveau des disparités qui sont tout de même à constater?
- À l'inverse, combien y-a-t'il de classes qui comptent le minimum d'élèves et dans quels quartiers?

Tout cela, le rapport présenté ne nous l'indique pas et, à ma connaissance, le Conseil de ville n'a pas accès à ce genre de données. Je pense que ces informations seraient précieuses afin que le Conseil de ville puisse gérer de manière un peu plus fine la situation scolaire biennoise, au-delà de son organisation elle-même. Si nous comprenons très bien que différents critères entrent en jeu, que le mouvement et le réajustement de l'organisation scolaire sont permanents notamment en cas de pénurie d'enseignant(s) et de pandémie mais nous aimerions tout de même des rapports qui soient plus précis concernant la réalité. C'est dommage car avec la nouvelle organisation à venir on en aura plus. Si nous nous limitons à voir que la moyenne des élèves par classes est de 20.2 alors qu'il y a des classes qui en comptent 27, nous avons toutes les raisons d'imaginer qu'il y a des disparités.

Deuxièmement, comme tous les rapports, celui-ci n'est pas neutre et c'est normal. Nous l'avons vu dans la manière de présenter les chiffres. Il ne l'est pas non plus lorsqu'il répète année après année qu'il faut prendre en considération la forte proportion d'élèves allophones et de familles provenant de milieu peu instruit. Il s'agit d'un rapport administratif qui se permet la stigmatisation et la non reconnaissance des familles et des élèves. En plus d'un jugement de valeur, on crée des catégories, une représentation de l'allophonie et de ce que représente l'instruction qui sont unilatérales et dépassées depuis bien longtemps. Est-il du rôle de l'Administration de reproduire des propos stéréotypés et dénigrants? D'ailleurs, je vais me permettre, en passant, pour toutes celles et ceux dans ce Parlement qui sommes issus de l'allophonie et de familles peu instruites de vous saluer bien cordialement.

Enfin, le rapport reprend plusieurs fois les mêmes données en les complétant. Nous aimerions, à l'avenir, avoir des données statistiques plus compactes et les compléments que nous venons de demander. Dernière petite remarque, la traduction en français nous présente encore l'école enfantine qui a disparu depuis que le système HarmoS existe. Il s'agit maintenant de la 1 et 2 H. Voici quelques remarques que nous souhaitions faire. Nous espérons qu'elles seront prises en compte pour le prochain rapport qui nous sera soumis pour prise de connaissance dans les années à venir puisque cette décision reviendra au Conseil municipal.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO dankt der Direktion BKS für die Vorarbeit zum vorliegenden Bericht und unterstützt die Klassenorganisation 2022/2023. Es erscheint uns jedoch wichtig, dass die bestehenden Klassenzüge beibehalten und der Durchschnitt der Klassengrösse nicht wesentlich erhöht werden. Besonders empfindlich sind diesbezüglich die Kindergartenund Unterstufenklassen. Die französischen Kindergartenklassen bestehen durchschnittlich aus mehr als 18 Kindern pro Klasse und da ein grosser Teil der Kinder erst vier Jahre alt ist, benötigen sie umso mehr Betreuung der Lehrpersonen. Die Jüngsten benötigen Hilfe bei den täglichen Aktivitäten wie Basteln, Aufräumen, An- und Ausziehen aber auch, um zur Toilette zu gehen. Auch haben die Schülerzahlen

24.03.2022

zugenommen, eine Sättigung ist jedoch angezeigt, weshalb es logisch erscheint, dass bei Schliessung von zwei Klassen wieder fünf neue eröffnet werden müssen. Wie bereits von Frau Stolz erwähnt, müsste die Klassenorganisation wieder geändert werden, falls Kinder der Flüchtlingsfamilien aus der Ukraine die Schule besuchen und neue Klassen eröffnet werden müssen. Kann die Direktion BKS uns nähere Informationen über den heutigen Stand der Dinge nennen? Es ist zu hoffen, dass genügend Lehrkräfte gefunden werden, damit die Bedürfnisse für alle Klassen gedeckt werden können.

Sutter Andreas, Fraktion FDP: Es macht Spass, wieder in diesem Saal zu debattieren und wir sind alle wieder mehr zusammen gerückt! Und beim Zuhören unserer LehrerInnen in diesem Parlament, hatte ich heute Abend fast dasselbe Gefühl wie beim Eintritt in eine neue Schulklasse beim Kennenlernen der mir noch nicht so bekannten Gesichter. Wie von der Sprecherin der GPK erwähnt werden wir nächstes Jahr wohl nicht mehr über diese Klassenorganisation befinden müssen, die als Nicht-Fachmann resp. Nicht-Pädagoge ist diese für mich ein wenig absurd und gleicht einer Wahrscheinlichkeitsrechnung. Die Planung wird mit einem Vorlauf vorbereitet und wir wurden nun von der Realität eingeholt - nicht als Vorwurf an die PlanerInnen gedacht da aufgrund der Ukraine-Flüchtlingskinder mehr Klassen eröffnet werden müssen. Der ursprüngliche Grund aus welchem der Stadtrat über diese Organisation befinden soll, ist, dass die Stadt bei Nichteinhalten der Richtlinien und -grössen hätte zahlen müssen. Falls der Durchnitt von Klassengrössen mit dem Einverständnis des Stadtrats zu klein gewesen wären, hätten die LehrerInnenlöhne von der Stadt übernommen werden müssen, da die Refinanzierung auf kantonaler Ebene damals anders funktioniert hat als heute. Jetzt wird abgerechnet basierend auf reellen Zahlen wie z. B. im Spitalwesen oder der Verkehrsplanung und somit bestehen im Vollzug mehr Freiheiten. Kurz gesagt: unsere Fraktion unterstützt das Geschäft.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Unsere Fraktion wird diesem Geschäft zustimmen und wir können dem bereits Gesagten mehrheitlich zustimmen. Es ist erfreulich festzustellen, nachdem wir ein paar Jahre lang rückwirkend immer im letzten Moment Provisorien schaffen mussten, dass die Situation sich entspannt. Es schien, dass wir an dem Punkt angelangt sind, an welchem sich das Wachstum der SchülerInnen stabilisiert. Wenn wir ehrlich sind, ist dieser Bericht jedoch fast wieder überholt, da wir wissen, dass Änderungen anstehen werden und wir uns ganz flexibel anpassen werden. Im Bericht wird mehrmals das neue Schulhaus «Champagne» erwähnt, obwohl dieses noch nicht realisiert wurde. Der Stadtrat hat noch keinen Kredit gesprochen noch hat der Spatenstich stattgefunden oder das Schulhaus wurde eröffnet...dies hat uns ein wenig irritiert, da die Realisierung des Projekts noch ein paar Jahre dauert, bis es eine grosse Entlastung für das Schulwesen sein wird.

Gonzalez Bassi Glenda, directrice de la formation, de la culture et du sport: Je vous remercie pour cette discussion et la bonne acceptation du rapport qui me réjouit. Pour en venir au rapport lui-même, différents éléments ont été relevés dont la répartition des élèves. La question était de savoir comment peut-on garantir l'équilibre dans les différentes classes et quartiers de la Ville. Il s'agit effectivement d'un exercice d'équilibriste tout au long de l'année. L'organisation des classes avec la collaboration du Canton veut que ce soit un exercice ponctuel à partir du mois de janvier et la soumission du rapport à la Commission de gestion et finalement l'approbation de ce rapport par le Conseil de ville, aujourd'hui. Il faut toutefois être conscient que cet exercice de répartition des élèves est transversale tout au long de l'année scolaire. Chaque semaine les effectifs changent car il y a des enfants qui arrivent et d'autres qui

24.03.2022 89/109

quittent l'école. On constate, aujourd'hui, que la mobilité pour les enfants et les familles est accrue par rapport à ce qu'elle était il y a 20 ans. Cela exige une flexibilité énorme de la part de l'école.

Je reviens maintenant sur la question relative à l'équilibre des effectifs dans les classes. En effet, les classes régulières, au niveau primaire, ont des effectifs plus important. On essaie d'équilibrer cela mais pas en fonction des guartiers. En effet, les parents demandent à ce que leurs enfants soient scolarisés dans leur quartier et c'est aussi une priorité pour l'école, mais ce n'est toutefois pas possible de le faire. Les trajets sont pris en considération et l'existence d'autres enfants de la friterie inscrits dans une entité scolaire sont des éléments pour l'affectation dans une ou l'autre classe d'un élève. Ces éléments font que l'on obtient un résultat de répartition des élèves qui n'est pas toujours optimal. On essaie toutefois, en approchant les parents, d'avoir un équilibre qui convient à l'enfant et la famille. C'est très important de permettre aux familles de garder une activité professionnelle et de permettre une garde des enfants facile et proche. À partir de là, il est vrai Madame Tonon, que l'on ne peut pas garantir une équité absolue et transversale dans toutes les classes de la Ville. Nous avons de ce fait, au niveau secondaire surtout, la préoccupation de rendre l'enseignement possible et le plus facile et efficace pour l'élève et les enseignants au niveau des classes G, en français et Real, en allemand. C'est pour cela que les effectifs peuvent être déséquilibrés au niveau des classes secondaires. L'autre priorité se situe au début de la scolarité. On essaie, dans les classes enfantines, d'avoir le plus petit effectif possible afin de permettre l'intégration la meilleure pour des élèves très jeune.

Concernant la mention d'enfants allophones et surtout la traduction malheureuse de «bildungsfern» par «familles provenant de milieu peu instruit». J'en conviens c'est une traduction littérale et je prendrai soins que cela n'apparaisse plus dans un rapport. La question de la stabilisation des élèves a été aussi évoquée. On constate depuis quelques années que les effectifs des enfants en Ville de Bienne sont plus ou moins stables. On ne sait pas comment ils vont évoluer. Après deux années de pandémie, on ne sait pas, à la rentrée prochaine, comment cela va évoluer. La situation n'est déjà plus la même que celle qui est décrite dans ce rapport. On ne mesure pas combien de familles vont revenir. En effet, suite au COVID plusieurs familles sont parties dans leur pays d'origine suite à des difficultés professionnelles. Il est toutefois possible qu'elles décident de revenir à Bienne mais on ne peut pas le savoir mais on s'y prépare.

Le sujet des trains de classe a été évoqué. On se rend compte actuellement que les effectifs baissent dans le degré inférieur mais la répercussion est dans le degré secondaire. On aura besoin de davantage de classes et de professeurs notamment chez les alémaniques et là, nous sommes confrontés au manque d'enseignants dans le Canton. On ne sait pas comment résoudre cette problématique. On fait les efforts et on prend les contacts nécessaires. Le Canton a décidé de faciliter l'accès à la formation afin de permettre d'avoir des effectifs plus importants chez les alémaniques. Concernant la question de l'arrivée des enfants ukrainiens, je tiens d'abord à dire que pour le Département des écoles, l'arrivée des enfants ukrainiens est une question à traiter au même niveau que tous les enfants migrants. Il y a une grande différence en terme d'effectif et là on n'a pas de mesure très exacte. Je peux vous dire qu'à l'heure actuelle nous avons neuf enfants inscrits qui sont intégrés dans des classes régulières. Il s'agit de petits enfants et ils vont poursuivre leur scolarité comme d'autres enfants migrants. Pour ces enfants, il est prévu quatre classes que la Ville organise très rapidement dans des entités scolaires prédéfinies, qui bénéficient de locaux pour l'instant. Pour le reste, nous sommes en train d'imaginer des solutions qui nous

24.03.2022 90/109

permettraient d'accueillir d'ici le mois de mai 300 enfants et peut-être davantage. Nous savons que chaque jour, il y a entre 2'000 et 2'500 personnes qui arrivent en Suisse et qui sont dirigées dans différents cantons. Dans notre région, nous attendons des familles monoparentales et des personnes âgées. C'est un gros défi, le Conseil municipal en est parfaitement conscient. Nous allons tout mettre en oeuvre en collaborant avec les différentes directions mais aussi avec le Canton et la Confédération. Nous avons également reçu des informations de la Commission fédérale de l'immigration qui nous soutient aussi dans ces réflexions. Cette commission demande également à la Confédération d'intervenir de manière rapide et transversale au niveau de la prise en charge, notamment des coûts à assurer pour l'accueil de ces réfugiés. Voilà ce que je peux vous dire pour l'instant. Cette situation évolue très rapidement et exige une flexibilité énorme de la part de l'Administration. Je vous remercie de votre attention et vous prie d'appuyer et de soutenir ce rapport.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 26. Januar 2022 gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Ziff. 2 Bst. b der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1):

- 1. Die Anzahl Klassen wird im Schuljahr 2022/2023 wie folgt geändert:
 - 1.1. Auf der deutschsprachigen Kindergartenstufe wird eine Kindergartenklasse geschlossen.
 - 1.2. Auf der französischsprachigen Kindergartenstufe wird eine Kindergartenklasse geschlossen.
 - 1.3. Auf der deutschsprachigen Primarstufe wird eine Klasse eröffnet.
 - 1.4. Auf der französischsprachigen Primarstufe gibt es keine Veränderungen zum Vorjahr.
 - 1.5. Auf der deutschsprachigen Sekundarstufe werden 2.5 Klassen eröffnet.
 - 1.6. Auf der französischsprachigen Sekundarstufe werden 1.5 Klassen eröffnet.
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Er wird ermächtigt, im Falle von erheblichen Veränderungen die entsprechenden Beschlüsse betreffend Anzahl Klassen zu fassen.

29. 20220047 Massnahmen Protokollierung Stadtratssitzungen / Nachkredit

Scheuss Urs, RSO: Der Änderungsantrag der Kommission RSO für den Beschlussesentwurf betrifft eine vorübergehende Stellenaufstockung stellvertretenden Ratssekretärin um 20% mit einem nicht kompensierten Nachkredit von CHF 22'380 für das Jahr 2022, welcher sofort freizugeben ist. Wir haben im letzten halben Jahr intensiv über die eingegangenen Anträge zur neuen Stadtordnung diskutiert und ich bedanke mich bei den Mitgliedern der Kommission für ihr Engagement und ihren Einsatz bei diesen Diskussionen. Anfang Jahr haben wir den Zeitplan sowie das weitere Vorgehen besprochen und dabei festgestellt, dass aktuell und auf absehbare Zeit die personellen Ressourcen des Ratssekretariats nicht ausreichen werden, um einen sorgfältigen Bericht zu Handen des Gemeinderats zu verfassen. Schlussendlich soll auf der Grundlage des anspruchsvollen Berichts eine gut strukturierte Debatte im Stadtrat geführt werden und schlussendlich die Revision

24.03.2022 91/109

der Stadtordnung in einer Doppelsitzung erledigen können. Danach werden einige Folgerevisionen anstehen wie die Totalrevision der Geschäftsordnung des Stadtrats, die Finanzordnung und eventuell noch weitere Reglemente, die angepasst werden müssen. Die Kommission hat sich auch überlegt, bis sich die personelle Situation im Ratssekretariat entspannen wird, die Arbeit an der Revision der Stadtordnung zu unterbrechen. Dies würde jedoch zu einer erheblichen Verzögerung der Bearbeitung führen, was weder sinnvoll noch zweckmässig ist, da wir gerade erst die Beratungen wieder aufgenommen haben und fortsetzen wollen. Der Antrag soll bewirken, dass die Ratssekretärin durch die Aufstockung der Stellenprozente ihrer Stellvertreterin entlastet wird und somit die Begleitung und Betreuung der Kommission RSO gewährleisten kann. Vorwiegend wird sie den Revisionsbericht an den Gemeinderat verfassen und die Folgerevisionen unterstützen. Der heute beantragte Nachkredit betrifft die Stellenerhöhung von 20% von Mai bis Dezember 2022. Da wir aber auch in weiteren Jahren auf diese Ressourcen angewiesen sind, werden wir sie in das ordentliche Budget aufnehmen. Unser Antrag erfolgt in diesem Geschäft, da dieses bereits die Ressourcen im Ratssekretariat betrifft und wir keine Zeit zu verlieren haben und der Bericht an sich die Begründung für unseren Antrag darstellt. Ich danke Ihnen für die Genehmigung unseres Antrags.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Ich schlage vor, dass wir in einer Debatte über den Bericht und den Antrag der Kommission RSO befinden und keine separate Diskussion führen.

de Maddalena Daniela, Fraktion Grüne: Zwischen 2019 und 2022 hat sich der Stadtrat 57 Mal getroffen, um die laufenden Geschäfte zu behandeln. Für alle diese Sitzungen werden Protokolle geschrieben resp. sollten geschrieben werden. 49 von diesen 57 Protokollen warten immer noch darauf, verfasst zu werden: zu Handen des Stadtrats, der mit Hilfe dieser Informationen weiter arbeiten möchte; zu Handen der Bevölkerung, die gerne über die einzelnen Voten der ParlamentarierInnen zeitnah informiert sein möchte. Natürlich sind die Protokolle nicht auch für die nachfolgenden Generationen wichtig, da sie Zeugnis über unsere Debatten ablegen. Wir sprechen im Rat auch in drei verschiedenen Sprachen: französisch, deutsch und «Dialekt». Ich verstehe nie alles, was gesprochen wird - désolée - aber mein Wortschatz in Französisch ist nicht ausreichend, vor allem wenn meine KollegInnen schnell sprechen und die Wörter «manger». Ich denke, dass es nicht nur mir so geht und stelle mir vor, dass unsere französisch sprechenden KollegInnen dieselben Probleme haben. Wie hilfreich wäre es also, wenn in einem Protokoll die Diskussionen nachgelesen werden könnten. Schlussendlich müssen wir nicht darüber diskutieren, dass wir alle diese Protokolle zeitnah benötigen, nicht erst zwei oder drei Jahre nach den Sitzungen sondern am Besten einen Monat danach. Wunschträume? Mitnichten, denn obwohl ich auf Anraten meine eingereichte Motion zurück gezogen habe, sind wir dank der Einberufung der Fraktionspräsidienkonferenz auf dem Weg, eine zielführende Lösung umsetzen zu können.

Aus diesen Diskussionen folgt der Antrag des Stadtratsbüros für folgende Vorschläge: die Aufschaltung der Audiodatei der Stadtratssitzungen auf der Website bis zur Veröffentlichung der Wortprotokolle und eine befristete personelle Aufstockung des Ratssekretariats auf der Stufe wissenschaftliche Mitarbeit zwecks Aufarbeitung der ausstehenden Protokolle. Diese Stelle soll ausschliesslich zur Aufarbeitung der Protokolle besetzt werden und es muss mit CHF 150'000 Lohnkosten sowie Schulungs-Lizenz- sowie Infrastrukturkosten von ca. CHF 30'000 gerechnet werden. Das Aufschalten der Audiodateien generiert jährlich Kosten von CHF 13'000, die jedoch

24.03.2022 92/109

notwendig sind, um auf die für uns wichtigen Informationen aus den aktuellen Sitzungen zugreifen zu können. Bleibt zu hoffen, dass die Aufarbeitung der Protokolle entsprechend schnell erledigt werden kann. Mir persönlich wäre es ein Anliegen, dass nicht nur das älteste aber auch das aktuellste Protokoll schnellstmöglich niedergeschrieben und zur Verfügung stehen wird. Die Fraktion Grüne empfiehlt das Geschäft zur Annahme.

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Wir diskutieren heute über zwei Nachkredite in einem Moment, in welchem die finanzielle Situation der Stadt angespannt ist. Obwohl nicht der geeignetste Zeitpunkt, sind wir der Auffassung, dass diese Kredite bewilligt werden sollten und dies aus folgenden Gründen: die Erstellung der Protokolle der Stadtratssitzungen liegt seit Jahren im Argen und ich kann die Ausführungen meiner Vorrednerin nachvollziehen und bin ihrer Meinung. Die Protokolle sind der rote Faden für die Arbeit des Parlaments und müssen raschmöglichst vorliegen. Ansonsten können wir Entscheidungen über Jahre hinweg nicht nachvollziehen und das ist ein Handicap für unsere Arbeit. Aus diesem Grund ist jegliche Massnahme, die zu einer Verbesserung führt, zu begrüssen. Im Rahmen der Revision der Stadtordnung, wie Herr Scheuss nebst anderen Änderungen bereits erwähnt hat, sollten wir uns überlegen, ob ein Wortprotokoll notwendig ist oder ein Beschlussprotokoll genügen würde, was sicher einfacher wäre. Der Bericht des Stadtratbüros ist sehr interessant und zeigt den grossen Aufwand für die Erstellung der Protokolle auf. Oft wird die Protokollierung, die anspruchsvoll ist, unterschätzt, denn es ist schon durch die drei Sprachen eine schwierige Arbeit. Für mich persönlich wäre ein Beschlussprotokoll genug. Unsere Fraktion wird den vorliegenden Anträgen zustimmen. Ich bin Mitglied der Kommission RSO, auch wenn ich nicht enthusiastisch hinter dieser Stadtordnung stehe, haben wir aber im Parlament für die Revision gestimmt und müssen nun dieses Projekt innert nützlicher Frist zu Ende führen. Dies ist ohne zusätzliches Personal nicht möglich, weshalb wir auch dem Änderungsantrag der Kommission RSO als Fraktion zustimmen.

Wiederkehr Martin, Fraktion SP/JUSO: Auch unsere Fraktion unterstützt das Geschäft und stimmt den beiden Anträgen zu. Ich kann mich jedoch auch meinem Vorredner, Herrn Leuenberger, anschliessen: ich bin wenig begeistert. Der Bericht des Büros führt aus, dass das Manko behoben und die Protokolle aufgearbeitet werden müssen, aber wir beschliessen heute Abend einen Nachkredit von CHF 200'000, die wieder irgendwo gespart werden müssen. Bezüglich dem Antrag der Kommission RSO ist klar, dass dieser ein Mehrwert darstellt, um weiter arbeiten zu können, da wir den Bericht der Kommission benötigen, um die Debatte im Parlament nicht wie zu Beginn wieder unnötig in die Länge zu ziehen. Dieser Nachkredit von rund CHF 22'000 ist unbestritten und notwendig für das Parlament. Was den anderen Antrag betrifft, jedoch ohne jemandem in den Rücken zu fallen, hat dieser doch in unserer Fraktion einen gewissen Unmut geweckt. Anlässlich der Budgetdebatte werden in verschiedenen Bereichen CHF 10'000 oder CHF 20'000 gestrichen, welche der Bevölkerung wichtiger sind als die Protokolle der Stadtratssitzung. Denn ehrlich gesagt, welchen Wert hat so ein Protokoll für die Bevölkerung, ausser für einige ParlamentarierInnen, die diese von hinten nach vorne durchlesen? Ich nicht!! Natürlich aus rechtlicher Sicht müssen die Protokolle geschrieben werden, aber welchen Wert stellen sie für die Zukunft unserer politischen Arbeit dar? Ist die einfachere Variante des Beschlussprotokolls nicht genügend und muss in 10 Jahren noch nachgelesen werden können, wer was gesagt hat? Unsere Fraktion stimmt den Anträgen mit einem gewissen Missmut zu.

24.03.2022 93/109

Gurtner-Oesch Sandra, Fraktion GLP+: Unser Unmut bezieht sich nicht nur auf einen Betrag sondern den Wert des Parlaments, der Öffentlichkeit und der Transparenz, dass wir auch in 10 Jahren noch zu dem von uns Gesagten stehen, weshalb es protokolliert werden muss. Wir benötigen legitimerweise die Protokolle raschmöglichst für unsere Arbeit und die der Kommission RSO, aber unser Lösungsvorschlag erfolgt in einem finanziellen Engpass, wie auch Herr Wiederkehr bereits erwähnt hat. Deshalb müssen wir heute Abend sehr sicher sein, genau das Richtige zu entscheiden, wenn wir diesen Krediten zustimmen. Vor noch nicht allzu langer Zeit haben wir bereits einen Kredit gesprochen, um die Protokolle aufzuarbeiten und heute stehen wir wieder hier. Wir können dem sich drehenden Karussell nochmals einen Stoss geben mit einem Appell an unser Büro: wir haben eine Pflicht als Arbeitgeber, die laufenden Prozesse zu prüfen und zu schauen, wie das Büro funktioniert. Im Bericht ist nichts erwähnt, dass wir genauer hinschauen sollten, denn es besteht ein «bottle neck», d.h. jedes Protokoll wird von unserer Ratssekretärin kontrolliert, die nicht genug Kapazitäten dafür hat. Aus diesem Grund sind wir von der vorgeschlagenen Massnahme nicht überzeugt, können jedoch auch keinen besseren konstruktiveren Vorschlag vorlegen, weshalb wir den Anträgen zähneknirschend zustimmen.

Loderer Benedikt, Grüne: Etwas ist in dieser Diskussion untergegangen: die Protokolle des Parlaments sind eine Quellensammlung und wichtig für die Historiker. Somit können die Protokolle nicht einfach mit der linken Hand behandelt werden, denn sollten Sie über die Geschichte der Stadt Biel schreiben wollen, werden Sie sehr glücklich über die Existenz der Protokolle sein.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Ich melde mich etwas verspätet noch im Namen der Fraktion, bitte entschuldigen Sie mich. Verständlicherweise sind auch wir nicht glücklich, wieder weitere Kredite sprechen zu müssen, damit endlich die Protokolle aufgearbeitet werden. Wir stimmen den beiden Anträgen zu und es freut uns, dass mit der Veröffentlichung der Audiodateien eine kurzfristige Lösung für die aktuellen Protokolle gefunden wurde und ein Schritt Richtung Digitalisierung gemacht wird. Und sollten zukünftig die Parlamentsdebatten per Video gestreamt und mein Vorstoss für elektronische Abstimmung angenommen werden, können wir dann von Transparenz sprechen.

Moeschler Marie, PSR: Je n'avais pas prévu de prendre la parole mais je tiens tout de même en tant que personne individuelle prendre part à ce débat. Il est demandé au Conseil de ville de voter sur un taux d'activité à 100%. Selon mes calculs, il y a 51 procès-verbaux à 30 heures de travail environ cela ne représente pas un poste à 100%. Je comprends que ce travail soit nécessaire pour l'histoire de la Ville mais il faut que l'on obtienne des garanties supplémentaires que dans une année ces 51 procès-verbaux manquants soient livrés si on doit dépenser encore de l'argent. Pour rappel, il y a deux ans en arrière on a déjà octroyé un taux d'activité supplémentaire. Ensuite, la question de ces enregistrements qui seront mis en ligne n'a pas du tout été abordée. Personnellement, je n'aurai pas de plaisir à venir parler à cette tribune en sachant que nos interventions seront mises en ligne et qu'on pourra s'en servir pour faire des vidéos «YouTube». Cette discussion avait été abordée lorsqu'on avait émis l'idée de filmer les séances même si on parle, aujourd'hui que d'un audio, le risque reste le même. Cette mise en ligne va aussi engendrer du travail supplémentaire. Je prends acte que cela est nécessaire pour le travail mais voilà, je ne suis pas convaincue par cette méthode.

Bohnenblust Peter, FDP: Wir haben genug über Geld gesprochen, deshalb noch eine Anmerkung über Sinn oder Unsinn der Protokolle. Ein Argument für die Protokolle ist,

24.03.2022 94/109

wie von Herrn Loderer bereits erwähnt, dass sie notwendig sind für die Geschichte der Stadt. Ausserdem ist es einfacher, Wortprotokolle zu erstellen als diese zusammen zu fassen, da immer wieder die Diskussion entsteht, welcher Inhalt wichtig ist oder nicht. Herr Scheuss und ich sprechen da aus Erfahrung in den Arbeitsgruppen. Die Protokolle sind auch für die Stadtverwaltung selbst von Wichtigkeit, damit diese nachvollziehen kann, was das Parlament erwartet, wie z. B. bei Projektierungskrediten. Schlussendlich aber auch für uns, da der Gemeinderat manchmal versucht, Geschäfte zu retten, indem er Versprechungen macht oder eine Lösung in Aussicht stellt. Wir haben dank dem Protokoll die Möglichkeit nachzulesen, was versprochen wurde und ob das Geschäft so umgesetzt wurde. Aus diesem Grund bin ich ein Verfechter des Wortprotokolls, sobald unsere aufgearbeitet sind, können wir wieder ganz damit arbeiten. Denn die vom Gemeinderat veröffentlichten Protokolle sind nicht aussagekräftig und deshalb eher zum Schein eine Information resp. lediglich, um zu erfahren, was beschlossen wurde und historisch nicht relevant.

Heiniger Peter, PdA: Es ist wirklich wieder ganz anders von diesem Rednerpult aus zu Ihnen zu sprechen....die PdA unterstützt die Anträge und betont, wie wichtig die Protokolle für das Parlament sind, auch z. B. für Folgevorstösse. Vielleicht lesen nicht alle von uns die Protokolle, aber die betroffenen PolitikerInnen wollen nachlesen können. Es ist schön, wieder in diesem Rahmen näher bei Ihnen sprechen zu dürfen und wir bitten um Annahme der Anträge.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich sage jetzt nicht, dass ich mich auch freue, wieder in diesem Saal zu sein... Herr Bohnenblust, wenn Sie schon erzählen, kritisieren und karikatieren, dann bitte korrekt. Der Gemeinderat publiziert seine Protokolle nicht, Sie sollten ja bestens informiert sein, dass es keine Wortlautprotokolle gibt. Wie klar Anfang Jahr kommuniziert, veröffentlicht der Gemeinderat seine Beschlüsse resp. das Dispositiv, was nicht dasselbe ist wie ein Protokoll.

Suter Daniel, PRR: Il y a quelques mois, le Conseil de ville a demandé le renvoi d'une affaire pour une demande de crédit de 181'000 fr. sur le même objet. Cette affaire est de retour aujourd'hui sur nos tables et la demande de crédit se monte actuellement à 200'000 fr. Si on observe cette tendance à la hausse, le Conseil de ville aurait tout à gagner à l'accepter de suite car si cette demande devait revenir plus tard, le montant serait encore plus élevé. Trêve de plaisanterie! Vous avez certainement aussi lu le rapport que l'on peut qualifier de critique. Si je résume, on constate que tous les moyens à disposition n'ont pas été mis en place afin de trouver une solution à l'interne. Le Règlement du Conseil de ville, art. 18, al. 1, let c dit explicitement que: *«Le procèsverbal mentionne le contenu avec la teneur essentielle de leurs exposés.»* Je ne suis pas sûr du tout que tous ce qui est dit à cette tribune doit entrer dans l'histoire! Je constate une unanimité, ce soir, dans les propos des différents intervenants. C'est insatisfaisant! Des mesures organisationnelles n'ont pas encore été prises et ce n'est pas normal. Je vois qu'une majorité a été prise mais je ne peux pas soutenir cela car derrière cette demande c'est à nouveau les finances de la Ville qui en pâtissent.

Tenennbaum Ruth, Passerelle: Je souhaitais revenir sur certains propos de Monsieur Suter. Je tiens à préciser que faire un procès-verbal de l'essentiel des débats est plus complexe et long que faire un procès-verbal mot pour mot. Je pense qu'il serait bien de suivre cette demande et de l'accepter.

Suter Daniel, PRR: Il ne faut pas oublier qu'une de nos responsabilités en tant que Conseillers et Conseillères de ville est d'intervenir dans les débats de manière concise.

24.03.2022 95/109

Le Conseil de ville peut aussi chercher à être plus efficace. Il est toujours possible de préparer ses interventions en avance et de les transmettre au Secrétariat parlementaire afin qu'il puisse les reprendre tel quel dans le procès-verbal. C'est un gain de temps.

Widmer Patrick, UDC: J'aimerais bien voir le problème de l'autre côté car beaucoup de choses ont été dites sur le retard dans l'écriture des procès-verbaux. En effet, il y a certaines personnes parmi nous qui aiment bien s'entendre parler. C'est le «Selbstbefriedigungsmodus», ici! On aime venir raconter 12 fois la même chose, faire des interventions parlementaires avec le même sujet tous les mois, venir à la tribune donner son «Senf» pour dire «ich bin nicht einverstanden», mais il dit la même chose que l'autre. Tout cela, il faut l'écrire et cela prend du temps et cela coûte beaucoup d'argent. Réfléchissons à la raison de pourquoi on en est là. Je ne remets pas en question le fait qu'il faille un procès-verbal mais soit on le fait correctement soit on ne le fait pas. Je suis un vieux qui préfère lire qu'écouter et je ne vois pas l'utilité d'avoir des procès-verbaux audio. Franchement, je pense que l'on doit réfléchir si on ne doit pas trouver d'autres solutions afin de faire moins d'interventions afin de ne pas parler toujours de la même chose et éviter de relancer une intervention si on n'est pas d'accord avec le résultat donné.

Rindlisbacher Hugo, SRB: Im Namen des Stadtratsbüros bedanke ich mich für die positive Aufnahme dieses Geschäfts (Gelächter). In der Geschäftsordnung des Stadtrats sind die Verantwortlichkeiten und wichtigsten Grundsätze für die Protokollierung geregelt. Verschiedene Faktoren wie der Ausbruch der Pandemie Berichterstellungen zusätzlichen und neu Digitalisierungsprojekten verursachten den starken Rückstand der Protokollierung im Ratssekretariat. Im Februar 2021 hat Frau De Maddalena mit der Einreichung der dringlichen Motion Massnahmen zur Verbesserung der Situation gefordert. Obwohl sie im August 2021 die Motion zurück gezogen hat, sah das Stadratsbüro aufgrund der kantonalen Gemeindeverordnung (GV 170.111) Handlungsbedarf. Im September 2021 wurden vom Ratssekretariat an der Fraktionspräsidienkonferenz kurz- und mittelfristige Verbesserungsvorschläge dargelegt und zwei aus der Diskussion entstandene mehrheitsfähige Massnahmen wurden vom Stadtratsbüro geprüft, die Ihnen heute als Antrag vorliegen. Zum einen soll auf der Website des Stadtrats bis zur Veröffentlichung des Wortprotokolls eine Audiodatei aufgeschaltet werden, damit der Rückstand zumindest aktuell entschärft werden kann. Aus diesem Grund muss der Art. 18 Abs. 4 der Geschäftsordnung (GO) wie folgt geändert werden: der bestehende Text: «Das Protokoll ist in der Regel innert drei Monaten zu erstellen.» muss wie folgt ergänzt werden: «Ist die Einhaltung der Frist nicht möglich, kann das Stadtratsbüro beschliessen, dass bis zur Ausfertigung des Protokolls die Aufzeichnungen gemäss Absatz 2 der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.». Für die Vorbereitung und Aufschaltung der Audiodatei der Stadtratssitzung werden acht Stunden benötigt, wovon Dreiviertel der Zeit eine wissenschaftliche Mitarbeiterin in Anspruch nimmt. Um diesen zusätzlichen Aufwand abzudecken, soll eine befristete Anstellung einer wissenschaftlichen Arbeitskraft erfolgen. Der Rückstand der Protokollierung kann nur mit einer Aufstockung der Stellenprozente im Ratssekretariat durch wissenschaftliche Arbeitskraft aufgearbeitet werden. Ausgehend vom aktuellen Stand der Protokollierung entspricht der Arbeitsaufwand einer Vollzeitstelle von einem Jahr, Lohnkosten von CHF 150'000 zuzüglich Schulungs-, Infrastrukturkosten von CHF 30'000 entspricht. Diese Massnahmen sind eine Übergangslösung zur Aufarbeitung des Rückstands der Protokollierung und soll der Revision der Stadt- sowie anschliessend Geschäftsordnung nicht vorgreifen. Für die Aufschaltung der Audiodateien hat das Ratssekretariat eine Offerte bei der Firma «it-

24.03.2022 96/109

processing AG», welche bereits die aktuell verwendete Anwendung «verbalix» zur Verfügung stellt, eingeholt. Diese besteht aus zwei Varianten: die stadtinterne Lösung, bei welcher ein Teil der Infrastruktur und Dienstleistungen durch die Abteilung Informatik und Logistik übernommen werden («Variante IUL») und die einmaligen Kosten von CHF 13'750 (exkl. MWSt.) für die Einrichtung eines entsprechenden Zusatzmoduls und zu alljährlichen Lizenz- und Wartungskosten von CHF 1'611 (exkl. MWSt.) entstehen würden. Die externe Cloud-Lösung (externer Server und externe Dienstleistungen; «Variante SaaS») verursacht Kosten von CHF 990/Monat bzw. rund CHF 11'880/Jahr (exkl. MWSt.). Bei dieser Variante wird der Service durch «itprocessing AG» wahrgenommen (kein stadtinterner Aufwand für Infrastruktur oder Betrieb). Weitere Abklärungen haben ergeben, dass bei der stadtinternen Variante IUL die internen Kosten nicht berücksichtigt wurden und schlussendlich jährliche Kosten von CHF 34'800 entstehen würden. Aufgrund dieser Abklärungen schlägt das Stadtratsbüro Ihnen die «Variante SaaS» vor und dankt Ihnen für die Zustimmung für dieses Geschäft sowie auch den Antrag der Kommission RSO. Im Falle einer Änderung bezüglich der Wortprotokolle müsste der Art. 18 Abs. 1 Bst. e der Geschäftsordnung infolge Revision der Stadtordnung geändert werden.

Abstimmung

• über den Ergänzungsantrag der Kommission RSO für die vorübergehende Stellenaufstockung der stellvertretenden Ratssekretärin um 20%

Der Antrag wird angenommen.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Stadtratsbüros vom 8. Februar 2022 und gestützt auf Art. 32 Abs. 3 und 39 Abs. 2 Bst. b Stadtordnung (SGR 1.0-1) sowie Art. 5 Bst. c und Art. 38 ff. der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 1.5.1-1):

- 1. Die Geschäftsordnung des Stadtrates von Biel (SGR 1.5.1-1) wird wie folgt geändert per 01.07.2022: Art. 18 Abs. 4 GO: «Das Protokoll ist in der Regel innert drei Monaten zu erstellen. Ist die Einhaltung der Frist nicht möglich, kann das Stadtratsbüro beschliessen, dass bis zur Ausfertigung des Protokolls die Aufzeichnungen gemäss Absatz 2 der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.».
- 2. Für die Aufschaltung der Audiodateien der Stadtratssitzungen auf der Webseite des Stadtrats mittels externer Cloud-Lösung («Variante SaaS») wird ein nicht kompensierter und sofort freizugebender Nachkredit von CHF 13'000 für das Jahr 2022 (Konto 18000.315800000) genehmigt und diese alljährlichen Kosten in den Folgejahren in das ordentliche Budget aufgenommen.
- 3. a) Für die Protokollierung der ausstehenden Stadtratssitzungen wird ein nicht kompensierter Nachkredit in der Höhe von CHF 180'000 (Konto 18000.313200000) für das Jahr 2022 gewährt und diesen sofort freigegeben.
 - b) Für die vorübergehende Stellenaufstockung der stellvertretenden Ratssekretärin um 20% wird ein nicht kompensierter Nachkredit in der Höhe von CHF 22'380.00 (Konto 18000.301000000) für das Jahr 2022 gewährt und sofort freigegeben.

24.03.2022 97/109

4. Das Stadtratsbüro wird mit der Ausführung dieser Beschlüsse beauftragt.

30. Interpellation 20210262, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Schaffter Gaël, GLP, «Ferienpass»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Gurtner-Oesch Sandra, GLP: Ich bedanke mich für die Beantwortung der Interpellation und «oute» meine Kinder als begeisterte FerienpassbesucherInnen. Es geht mir in der Interpellation nicht um meine Person, ich kann mich als Angestellte gut selbst organisieren, zumindest meistens... Ausserdem bin ich Geschäftsführerin der gemeinnützigen Organisation «pro family and work» (profawo), welche ebenso Ferienprogramme organisiert, jedoch nicht in Biel, da die Stadt diese ausgezeichnet durchführt. Um die neuen Protokollvorgaben zu akzeptieren, werde ich mich kurz fassen und formell als von der Antwort befriedigt zu erklären. Jedoch ist es mir wichtig. dass der Stadtrat informiert ist, dass z. B. Kinder ab vier Jahren den Kindergarten besuchen und im Jahr 13 Wochen Ferien und die Eltern lediglich vier bis fünf Wochen. was eine Differenz von acht bis neun Wochen ausmacht. In dieser Zeit muss die Betreuung organisiert werden. Wie der Interpellation zu entnehmen ist, war letztes Jahr ein extremes, da 14 Wochen Schulferien vorgegeben waren. Dank der raschen Reaktion der Stadt Biel, welche den Ferienpass organisiert hat, konnten viele Eltern aus Biel und Umgebung in der Betreuung entlastet werden. Obwohl der Ferienpass seit Jahrzehnten funktioniert, wäre eine Evaluation zwischenzeitlich angebracht. Dies geschieht scheinbar nicht, es finden keine Umfragen bei den teilnehmenden Kindern oder Eltern statt bezüglich allfälligen Verbesserungen in Bezug auf Pünktlichkeit, Angebot, Leistungen und Betreuung. Diese Umfragen könnten der Stadt helfen, das Angebot zu verbessern resp. die schwarzen Schafe der Anbieter zu finden, die den Ferienpass-TeilnehmerInnen bekannt sind. Ich persönlich finde es furchtbar, dass nicht alle Tagesschulen während den Schulferien geöffnet sind. Vorallem für die Kleinkinder, welche eine stabile Betreuungssituation benötigen und ein Ferienpass mit vielen Kindern und Aktivitäten zu viel Stress bedeutet. Wir haben einige Rückmeldungen von Eltern erhalten, dass die kleinen Kinder nicht am Programm teilnehmen wollten, weil sie Angst hatten oder es zu viele fremde Eindrücke waren. Die Eltern, welche keine Grosseltern oder Verwandte im näheren Umfeld haben oder keine Möglichkeit, flexibel arbeiten zu können, befinden sich während den Ferienwochen und den geschlossenen Tagesschulen oft in einer schwierigen Situation. Was mich aber am meisten erschreckt hat, ist die Tatsache, dass die Stadt Biel erst im Oktober 2021 dem Kanton Bern einen Antrag auf Mitfinanzierung gestellt hat! Die Thematik «kiBon» besteht schon länger und eigentlich erledigt sein sollen, denn mehr als CHF 100'000 zu erhalten ist für die Stadt Biel sicher essentiell...doch aus welchem Grund sollte der Ferienpass verbessert werden, sollten die Eltern nicht einfach zufrieden sein, dass ein Ferienprogramm besteht? Dieses Programm, d.h. die ganztägige Betreuung der Kinder, ist ein wichtiger Baustein für die Vereinbarkeit. Es gibt Eltern, die nicht erst um 10 Uhr morgens im Büro eintreffen und bereits um 16 Uhr ihre Kinder abholen können, sondern unglaubliche Betreuungszenarien erleben müssen. Zahlreiche Studien belegen, dass jeder in die Vereinbarkeit investierte Franken wieder als Steuereinnahme in Lohnform zurück fliesst. In der Zeit von akutem Fachkräftemangel ist dies essentiell. Da unsere Fragen durch die Interpellation zwar formell beantwortet wurden, reiche ich ein Postulat ein, da materiell noch Einiges zu tun ist.

24.03.2022 98/109

Gonzalez Bassi Glenda, directrice de la formation, de la culture et du sport: Il est vrai, Madame Gurtner-Oesch, que l'offre du Passeport vacances ne couvre pas toutes les vacances scolaires. Il est mentionné que la demande est peu importante et cela signifie que les parents sont en mesures de s'organiser, en tout cas partiellement pour les périodes de vacances. Je suis d'avis qu'il faut soutenir tous ce qui est en mesure d'aider les familles dans le cadre de la conciliation entre travail et vie scolaire. La question qui se pose ici, car cette demande déborde du cadre de l'interpellation, est de savoir si c'est à l'État de prendre en charge l'organisation extrascolaire complète, pour des coûts similaires. Si le Parlement enjoint le Conseil municipal de mettre en place une telle organisation aux coûts mentionnés, vous constatez que cela ne couvre pas les coûts de l'organisation actuelle et cela va engendrer plus de déficit. Il me semble difficile de couvrir ce manque à gagner par une imposition, comme vous l'entendez. Qui est en charge de prendre cette décision? Est-ce que le Parlement considère que c'est à la Ville de prendre en charge ce coût pour quelques familles? Au contraire, estce que le devoir du Conseil municipal est de trouver le meilleur équilibre afin de soutenir les familles avec diverses offres et prestations, notamment par l'école mais aussi par le Passeport vacances? Ce n'est pas une contrainte pour la Ville de maintenir cette offre. Elle est mise en place car elle nous parait importante, dans la mesure de nos moyens. Je suis tout à fait disposée, si j'ai plus de moyens à disposition, à agrandir l'offre de la Ville de Bienne.

Die Urhebenden sind von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

31. Interpellation 20210263, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Schaffter Gaël, GLP, «Gelebte Zweisprachigkeit im Bieler Schulsystem»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Gurtner-Oesch Sandra, GLP: Es geht um die Zweisprachigkeit und deshalb zitiere ich aus den gemeinderätlichen Schwerpunkten der laufenden Legislatur: «Die Zweisprachigkeit ist in Biel und macht die Stadt attraktiv. Für die Schweiz ist Biel die Referenz der Zweisprachigkeit. Die Zweisprachigkeit prägt die Beziehungen zwischen den Behörden und Einwohnerinnen und Einwohnern. Biel fördert die Zweisprachigkeit in allen Bildungsbereichen. Über die Zweisprachigkeit wird in Biel stets und lebhaft diskutiert.» Die Kleinsten unserer Gesellschaft lernen ganz selbstverständlich in den Bieler Kita's spielerisch die zweite Sprache, jedoch sobald sie in die Schule eintreten dürfen, werden sie nach Muttersprache Deutsch oder Französisch getrennt. Die Zweisprachigkeit fällt weg und die ehemaligen «Gspänli» sind die Anderen. Ich finde die Interpellation sehr spannend und könnte viel dazu sagen, halte mich aber an den Schwerpunkt bezüglich Übergang vom lockeren Kita- zum vorgeplanten Schulbesuch. Denn die gelebte Zweisprachigkeit hängt oft von den LehrerInnen ab, da keine institutionelle Verankerung besteht. Die «glücklichen» Kinder besuchen die «Filière bilingue» und die anderen Kinder, welche grossartige LehrerInnen haben, die bilingue Waldnachmittage veranstalten. Es geht mir jedoch um die Kinder, welche diese Gelegenheiten nicht haben, da keine wirkliche Förderung der Zweisprachigkeit in allen Bildungsbereichen besteht. Es geht nicht darum, ob uns das «savoir-vivre» so gefällt sondern um den zweisprachigen Arbeitsmarkt in Biel. Die Kinder, die nach der obligatorischen Schulzeit in den Arbeitsmarkt einsteigen, haben Schulkenntnisse der anderen Sprache und somit müssen sie in den einsprachigen

24.03.2022 99/109

Regionen eine Lehrstelle suchen. Da gibt es Handlungsbedarf für unsere Kinder, die Arbeitgeber aber auch für die Lebendigkeit der Zweisprachigkeit. Wir sind von der Antwort des Gemeinderats befriedigt, aber bleiben dran.

Gonzalez Bassi Glenda, directrice de la formation, de la culture et du sport: Je vous remercie pour cette série d'interpellations car cela nous permet d'avoir des rapports quasi complets sur différents sujets qui vous préoccupent, Madame Gurtner-Oesch. Je tiens aussi à préciser que ça remue aussi l'Administration car c'est du travail supplémentaire mais que nous faisons très volontiers et de manière assez précise. Par rapport à cela, je tiens à confirmer que la préoccupation du bilinguisme est un objet important et prioritaire au niveau des projets scolaires. Ceci, même s'il vous semble que nous n'avons pas suffisamment d'objet dans la matière ou que cela ne satisfait pas vos besoins. Nous sommes en train d'y travailler. Toutefois, cela nécessite des ressources qui sont actuellement limitées. Si nous pouvions avoir plus de temps et de ressources les choses iraient plus vite, probablement.

La question que vous soulevez de l'engagement des enseignants, je m'inscris en faux par rapport à cette problématique. Les enseignants s'engagent dans leur travail. Il y a, toutefois, une réalité qui fait que systématiquement lorsque quelqu'un à une bonne idée à qui s'adresse-t-il en premier lieu: aux écoles. Les écoles ont le mandat d'enseigner en priorité dans une langue ou une autre. Le fait d'introduire le bilinguisme est un plus dans notre Ville. C'est vrai qu'il est agréable de pouvoir s'exprimer dans les deux langues et surtout de pouvoir comprendre l'autre, mais à quel prix est-ce qu'on peut mettre cela encore comme une contrainte aux enseignants? J'ai dit tout à l'heure que nous étions dans une situation où les enseignants ne frappent pas à nos portes. On doit les convaincre. Pour certains c'est une motivation de venir enseigner à Bienne dans une ville bilingue mais pour d'autres c'est une difficulté de devoir mettre en place des projets bilingues. Chacun a son niveau et ses besoins. Concernant le bilinguisme, nous avons des projets sur la table. Nous sommes en train d'élaborer un concept car la priorité du bilinguisme est effectivement d'être le plus transversal possible et cela dès le plus jeune âge possible. Nous avons une structure qui nous permettrait cela et ce n'est pas nécessairement l'école, mais j'y reviendrai.

Die Urhebenden sind von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

32. Interpellation 20210264, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Schaffter Gaël, GLP, «Interne Weiterbildungen, Teamanlässe und sonstige Veranstaltungen während des laufenden Schulbetriebs»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Gurtner-Oesch Sandra, GLP: Ich komme zur letzten Interpellation und werde dem Ratssekretariat alle Voten zukommen lassen, versprochen! Für Eltern, welche fixe Arbeitszeiten wie im Spital, im Heim, in den Läden, in der Industrie etc. haben und nicht flexibel sein können wie ich z. B., ist es schwierig, unterrichtsfreie - vor allem spontan kommunizierte - Tage der Kinder zu organisieren. Als Beispiel: nach sechs Wochen Sommerferien, von welchen die Eltern zwei Wochen selbst betreuen können und die restlichen vier Wochen mit Grosseltern, Ferienpass oder sonstigen Aktivitäten und Betreuungspersonen im Umfeld organisieren, freuen sich alle auf einen erneut

24.03.2022

strukturierten Alltag. Nach einem halben Tag Schule bringen die Kinder die Mitteilung nach Hause, dass der folgende Freitag unterrichtsfrei ist - arrangez-vous! Dies kommt einer Ohrfeige gleich für diejenigen, die ihren Alltag nicht einfach so umstellen können, weil sie z. B. keine flexiblen Arbeitgeber haben. Falls sie für diese zusätzlichen Tage für die Kinder einen Platz in der Kita finden, bezahlen sie ihn selber. Es sind jedoch oft nicht die Kosten, die Sorgen bereiten sondern die Organisationslast für die Eltern. Es ist auch im Saal nicht allen bewusst, was es für einen Aufwand bedeutet, wenn beide Eltern, die schulpflichtige Kinder haben, berufstätig sind. Das Thema der Vereinbarkeit zwischen Arbeit und Kindern ist in der Stadt Biel, in den Schulen und Tagesstätten, noch nicht fortgeschritten. Obwohl wir von der Antwort des Gemeinderats befriedigt sind, werde ich auch diese Interpellation in das bereits erwähnte Postulat integrieren.

Gonzalez Bassi Glenda, directrice de la formation, de la culture et du sport: Vous avez raison, Madame Gurtner-Oesch, la conciliation est quelque chose de très important. J'y ai été confrontée moi-même ayant élevé trois enfants qui exigent d'ailleurs encore beaucoup de temps malgré le fait qu'ils aient 20 ans. L'organisation est contraignante et j'ai toujours maintenu mon taux d'occupation au minimum à 70% à l'époque. Je sais de quoi vous parlez. J'ai aussi vécu ces situations. Vous avez raison, on peut faire mieux. Dans un monde idéal, dans une Ville de Bienne idéale, je souhaiterais que nous ayons une école à journée continue de 6h30 à 19h, quasi gratuite. Je rêverais aussi d'avoir le Passeport vacances pour tous et toutes et ce serait fantastique d'avoir le bilinguisme pour tous ceux qui le demandent, avec une infrastructure et du personnel engagé, motivé et bilingue. Nous ne sommes malheureusement pas dans ce monde idéal, malheureusement. Nous faisons tout ce qui est dans notre pouvoir, dans nos ressources et nos possibilités pour améliorer l'offre que nous avons. Je tiens à relever, que je pense que notre école fournit une offre importante pour les familles. Elle fournit des possibilités aux parents de pouvoir s'organiser dans une mesure limitée mais qui compte et est importante. Tout cet échange, nous aurions pu l'avoir en bilatéral, cela aurait fait économiser du temps à tout le monde.

Gurtner-Oesch Sandra, GLP: Es ist mir bewusst, dass in einer idealen Welt alles besser sein könnte und ich bin keine Träumerin. Mir fehlt bei der Stadt Biel die Sensibilität und ich bin bestärkt, das Postulat einzureichen, wenn ich hören muss, dass wir in einer idealen Welt könnten, mit mehr Geld könnten und falls wir dies und das hätten, könnten wir! Es fehlt die Sensibilität der LehrerInnen und der MitarbeiterInnen in den Tagesstätten und des grössten Departements BSK. Für ein solch wichtiges Thema werden wohl Personen vorhanden sein, die sich der Thematik annehmen können und durch mein Postulat nun auch müssen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Ärgernis für alle, die Kinder haben und haben wollen sowie auch die ArbeitgeberInnen.

Gonzalez Bassi Glenda, directrice de la formation, de la culture et du sport: Là, je ne peux pas vous laisser dire que nous manquons de sensibilité. Quand est-il de la sensibilité de quelqu'un qui vient régler des comptes sur les réseaux sociaux, sur le dos des enseignants, sur le dos de l'école publique. Je ne peux pas l'accepter, Madame Gurtner-Oesch. Il y a des limites quand même à être correcte. La sensibilité devrait être des deux côtés!

Briechle Dennis, GLP: Ich bin etwas irritiert über den Tonfall, der in diese Debatte Einzug genommen hat. In diesem Vorstoss geht es um organisatorische Fragen bezüglich der Organisation von Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften. Ein Thema,

24.03.2022

welches geplant werden kann und es ist eine Zumutung, wenn lediglich ein paar Tage vorher kommuniziert wird, dass der Unterricht ausfällt. Es wäre im Interesse aller, wenn diese Daten ein paar Monate zum Voraus mitgeteilt würden. Und auch wenn die Lehrkräfte meine Aussage nicht goutieren werden, aber ich frage mich, weshalb bei 13 Wochen Ferien im Jahr diese Aus- und Weiterbildungen während dem Schulbetrieb stattfinden müssen...

Die Urhebenden sind von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

33. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20220101, Oberle Fabio, JUSO, Schlup Nina, JUSO, «Heizkostenzuschuss für Haushalte mit geringen Einkommen»

Oberle Fabio, JUSO: Wie Ihnen sicher bekannt ist, wird der Energie Service Biel (ESB) die Gaspreise ab Mai 2022 um fünf Rappen pro Kilowattstunde, was einer Erhöhung von mehr als 30 % entspricht. Ein weiterer Anstieg der Preise ist sehr wahrscheinlich und der Stadtrat muss sich darauf vorbereiten, dass die Hälfte der Haushalte in der Stadt Biel im nächsten Winter das Doppelte oder mehr bezahlen müssen als im Vorjahr. Diese Situation wird vor allem die einkommensschwachen Haushalte betreffen, welche während der Pandemie bereits Einkommensbussen zu verzeichnen hatten. Die Dringlichkeit erklärt sich von selbst und «nach dem Heizen ist vor dem Heizen»... Damit wir als Stadtrat überhaupt die Möglichkeit haben, das Postulat vor dem Herbst zu behandeln und gegebenenfalls umzusetzen, muss die Dringlichkeit erklärt werden.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

34. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20220102, Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO, «Baurecht BASPO/BBL Magglingen»

Steinmann Alfred, SP: Bezüglich dem Grundstück der Stadt Biel, welches sich in Magglingen befindet und im Baurecht an die BASPO/BBL abgegeben wurde, gibt es seitens der Bevölkerung und der Gemeinde Magglingen/Leubringen grosse Opposition. Da das Baugesuch der BASPO/BBL bereits eingereicht wurde, sollten die drei von mir gestellten Fragen betreffend Baurecht, demokratischer Fairness und Klima zeitnah beantwortet werden. Danke für die Gewährung der Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

24.03.2022 102/109

35. Dringliche Interpellation 20210335, Bohnenblust Peter, FDP, «A5 Lückenschliessung: Sachliche Information tut Not»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Bohnenblust Peter, FDP: Ich bin befriedigt von der ausführlichen Antwort des Gemeinderats, bezüglich Punkt fünf habe ich noch Klärungsbedarf und komme darauf zurück. Eine Bemerkung meinerseits: eine Fussnote in meiner Interpellation ist nicht korrekt, da der Westast A5 nicht durch Fachverbände gegründet sondern massgebend geleitet. Mit der Beantwortung der Interpellation habe ich gehofft, dass gewisse Begriffe, Aufgaben und Abläufe klarer geworden sind. Ich möchte noch auf drei Punkte eingehen: Bezüglich der Begriffe Autobahnanschluss und Anbindung/Erreichbarkeit wurde in der Dialoggruppe eine Differenzierung vorgenommen und nicht mehr von Anschlüssen sondern Anbindungen gesprochen, da wie vom Gemeinderat erwähnt, aufgrund der heutigen Normen keine grossen Anschlüsse mehr bewilligt werden. Es stellt sich dadurch die Frage, wer was wann initiert, ich gehe davon aus, dass die aktuelle Reflexionsgruppe rechtzeitig eine Eingabe vornehmen wird. Diese Differenzierung kann - wie jüngst Herr Regierungsrat Neuhaus erfahren hat, weil er ein Interview nicht gegen gelesen hat - zu Missverständnissen und Schlagzeilen führen, da er nicht wie geschrieben von Anschlüssen sondern Anbindungen gesprochen hat. meiner Frage betreffend der 15 Empfehlungen Bezüglich Planungsempfehlungen ist meiner Ansicht die Antwort des Gemeinderats nicht Die 15 Empfehlungen wurden behandelt. Planungsempfehlungen resp. Inputs waren lediglich im Gespräch in einer kleinen Arbeitsgruppe und wurden von der Kerngruppe zur Kenntnis genommen, aber nicht im Gespräch in der Dialoggruppe. Nicht das die Inputs nichts wert sind, jedoch sind sie nicht gestützt wie die Empfehlungen an sich und müssen noch bearbeitet werden. Zum letzten Punkt: der Unterschied zwischen dem Dialogprozess und der Reflexionsgruppe. Der Gemeinderat hat diesen gut beschrieben mit dem Sparringpartner, es besteht keine Kompetenz mehr wie noch in der Dialoggruppe. Wichtig in diesem Zusammenhang, dass Spielregeln definiert wurden, es haben bereits drei Sitzungen stattgefunden. Diese Grundsätze wie die gewählte Co-Leitung, die fünf beschlossenen Aufgabenpunkte der Reflexionsgruppe, die Vertregung eines breiten Meinungsspektrums, die Kenntnisnahme des Monitorings und Controllings sowie deren Schlussfolgerungen, die Kommunikation gegen aussen durch ein Communiqué de presse und die Aufnahme von weiteren Gruppierungen, die die Resultate des Dialogprozesses mittragen. Die Reflexionsgruppe soll keine Verhinderungsgruppe sein, eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Behörden soll gegeben sein. Deshalb möchte ich auch die Beantwortung dieses Vorstosses an die Reflexionsgruppe weiter leiten, um lösungsorientiert weiter arbeiten zu können.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Herr Bohnenblust, selbstverständlich können Sie den Vorstoss mit dessen Beantwortung an die Gruppe weiter leiten, da diese öffentlich sind. Die Art und Weise, auf welche die 15 Empfehlungen und 45 Planungsempfehlungen besprochen wurden, war unterschiedlich, aber im Schlussbericht nicht so dargelegt worden. Was nicht heisst, dass sie nicht dieselbe Bedeutung haben, aber wie von Ihnen erwähnt, sind sie bei den Beteiligten nicht gleich stark konsolidiert. Aus diesem Grund müssen die Inputs noch weiter geprüft werden auf die Umsetzbarkeit. Beim Thema Anbindungen versus Anschlüsse ist es klar, dass ein klassisches Anschlussbauwerk in der Stadt abgelehnt wird, wie aus dem Dialogprozess ersichtlich. Aber ein Teil des Kompromisses in der Dialoggruppe ist auch, dass wenn eine Anbindung mit geänderten Normen möglich ist (z. B. eine Ausfahrt direkt in ein Parkhaus), soll sie

24.03.2022 103/109

nicht verhindert werden. Die Diskussion ist ein wenig müssig, da niemand von unserer Seite jemals von Anschlüssen gesprochen hat, die Gruppe hat sich geeinigt, die Machbarkeit von unterirdischen Anbindungen zu prüfen, das ist ein Versprechen, das gehalten werden muss.

Bohnenblust Peter, FDP: Ich danke dem Stadtpräsidenten für die Präzisierungen, denn das ist die Basis für eine weitere gute Zusammenarbeit. Bezüglich der Regeln für die Zusammenarbeit habe ich an drei Gruppen gedacht: die Gruppe «Westast - so nicht!», die Gruppe «S» und die Gruppe «I häb Sorg zur Stadt Biel», ich danke Ihnen, dass Sie die Regeln einhalten werden, ansonsten wird es eine mühsame Sache.

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

36. Dringliche Interpellation 20210334, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, «Tempo-30-Zonen: Welche Geschwindigkeit für den Gemeinderat?»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Hamdaoui Mohamed, Le Centre: Je vais essayer de parler aussi lentement que nécessaire pour le prochain procès-verbal mais aussi vite que possible pour l'apéro. Si j'ai déposé cette interpellation c'est parce que la thématique des limitations de vitesse dans les villes est une thématique oh combien passionnelle, nous l'avons vu il y a un mois lorsque nous avons débattu sur la proposition de Madame Roth au sujet du 30km/h de nuit. La discussion a un peu dérapé. On s'est aussi lancé dans certaines approximations, moi le premier. Cette thématique a aussi été abordée tout récemment d'une manière très passionnelle au Grand Conseil lorsque nous avons, hélas, rejeté une proposition des Verts-libéraux, qui voulaient accorder davantage d'autonomie aux communes pour pouvoir décider de la limitation de vitesse sur les routes cantonales qui traversent leur commune. On a appris, hier, que le Conseil municipal a décidé d'étendre le 30km/h dans deux nouvelles rues. Cette question de la mobilité, de la limitation de vitesse et peut-être même de la réduction de la mobilité va nous empoigner durant un certain nombre d'années.

Je trouve important de déposer une interpellation, puisqu'il n'y a pas d'autres moyens pour obtenir des réponses concrètes et pragmatiques de la part du Conseil municipal. Il y a un point de la réponse qui ne me satisfait pas pleinement. C'est lorsque je pose la question de savoir si les guildes des quartiers sont véritablement consultées et qu'on dit que c'est le cas, dans la mesure du possible. Pour moi, cela doit être systématique. Il faut que la population soit systématiquement écoutée et mise au courant. Parce que si la population est mise devant le fait accompli ou qu'elle a le sentiment d'être mise devant le fait accompli, il ne faut pas s'étonner ensuite que, lors des élections ou des votations, le taux de participation soit aussi bas. Pour résumer, je suis malgré tout satisfait de cette réponse mais je ne reviendrai plus à la tribune s'il n'y a pas de débat de fond.

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO: In diesem Rat wurde es bereits mehrmals bemängelt, dass für die Gewährung der Dringlichkeit eines Vorstosses nicht genug Informationen bestehen. In unserer Geschäftsordnung ist festgehalten, dass die

24.03.2022 104/109

Redezeit für die Begründung der Dringlichkeit auf drei Minuten beschränkt ist. Deshalb finde ich es ein wenig befremdlich, dass ein Mitglied des Stadtrats, welches heute zum ersten Mal das Wort ergreift, während seinem Votum unterbrochen wird. Ich bitte Sie, den SprecherInnen in Zukunft diese drei Minuten zu gewähren.

Wie angekündigt, erwartet Sie draussen ein Apero und ich freue mich, mit Ihnen auf den Wiedereinzug in den Saal anstossen zu können und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

24.03.2022 105/109

37. Neueingänge

20220101	Dringliches Postulat, Oberle Fabio, JUSO, Schlup Nina, JUSO	BEU
	Heizkostenzuschuss für Haushalte mit geringen Einkommen	
	Postulat urgent, Oberle Fabio, JS, Schlup Nina, JS	TEE
	Allocation de chauffage pour les ménages à bas revenus	
20220102	Dringliche Interpellation, Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO	FID
	Baurecht BASPO/BBL Magglingen	
	Interpellation urgente, Steinmann Alfred, Groupe PS/JS	DFI
	Droit de superficie accordé à l'OFSPO et à l'OFCL à Macolin	
20220103	Überparteiliche Motion, Vouillamoz Naomi, Grüne, Cuixeres Manon, JUSO, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, Heiniger Peter, PdA, Molina Franziska, EVP, Schlup Nina, JUSO, Stolz Joseline, PSR, Tanner Anna, SP, Tennenbaum Ruth, PAS	BEU
	Kompensation der nicht erreichten Klimaziele	
	Motion interpartis, Vouillamoz Naomi, Les Vert·e·s, Cuixeres Manon, JS, Hamdaoui Mohamed, Le Centre, Heiniger Peter, POP, Molina Franziska, PEV, Schlup Nina, JS, Stolz Joseline, PSR, Tanner Anna, PS, Tennenbaum Ruth, PAS	TEE
	Compensation des objectifs climatiques manqués	
20220104	Überparteiliches Postulat, Stolz Joseline, Fraktion PSR, Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO	BEU
	Markierungsarbeiten für eine kurzfristige Verbesserung der Veloinfrastruktur	
	Postulat interpartis, Stolz Joseline, Groupe PSR, Tanner Anna, Groupe PS/JS	TEE
	Réaliser des travaux de marquage pour améliorer l'infrastructure cycable à court terme	

24.03.2022 106/109

20220105	Überparteiliches Postulat, Moeschler Marie, Fraktion PSR, Rodriguez Ugolini Julian, Fraktion SP/JUSO	BEU
	Systematische Verbesserung der Veloinfrastruktur bei Umgestaltungen oder beim Ersatz des Strassenbelags	
	Postulat interpartis, Moeschler Marie, Groupe PSR, Rodriguez Ugolini Julian, Groupe PS/JS	TEE
	Amélioration systématique de l'infrastructure cycable lors de nouveaux aménagements ou remplacements du	
20220106	Überparteiliches Postulat, Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO, Cuixeres Manon, Fraktion SP/JUSO	BEU
	Sicherheit für Velofahrende und Fussgänger*innen statt gefährlicher Mischverkehr	
	Postulat interpartis, Steinmann Alfred, Groupe PS/JS, Cuixeres Manon, Groupe PS/JS	TEE
	De la sécurité pour les cyclistes et les piétons et piétonnes au lieu d'un trafic mixte dangereux	
20220107	Überparteiliches Postulat, Koller Levin, Fraktion SP/JUSO, Kilezi Ruth, Fraktion PSR	BEU
	Rasche Einführung von Velostrassen	
	Postulat interpartis, Koller Levin, Groupe PS/JS, Kilezi Ruth, Groupe PSR	TEE
	Aménager rapidement des rues cyclables	
20220108	Postulat, Van der Meer Marion, Grüne	BEU
	Boulesbahnen, Strassenschach und Co. für Biel	
	Postulat, Van der Meer Marion, Les Vert·e·s	TEE
	Terrains de pétanque, échiquiers en plein air et autres jeux à Bienne	
20220109	Postulat, Gurtner-Oesch Sandra, GLP	BKS
	Verbesserte Vereinbarkeit für arbeitende Eltern	
	Postulat, Gurtner-Oesch Sandra, PVL	FCS
	Faciliter la conciliation entre vie familiale et professionnelle pour les parents qui travaillent	

24.03.2022 107/109

20220110	Interpellation, Scherrer Jurg, Fraktion SVP/Die Eidgenossen	DSS
	Wird das Auto, der Goldesel, geschlachtet?	
	Interpellation, Scherrer Jürg, Groupe UDC/Les Confédérés	ASS
	Est-ce qu'on abat la poule aux œufs d'or qu'est la voiture?	
20220111	Interpellation, Scheuss Urs, Grüne	BEU
	Weg vom russischen Gas!	
	Interpellation, Scheuss Urs, Les Vert·e·s	TEE
	Abandonnons le gaz russe!	

24.03.2022 108/109

Die Stadtratspräsidentin / La présidente du Conseil de ville:

Strobel Salome

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula

Protokoll:

Flückiger Rita Scheurer Nathalie

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise Pinto Bernardino Floriane

24.03.2022